

stofferzeugung und anerkennend, dass in diesen und anderen Bereichen mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft gewisse Fortschritte erzielt wurden,

in Anerkennung der Herausforderungen, denen sich Afghanistan hinsichtlich der Sicherheitslage in Teilen des Landes gegenüber sieht,

in diesem Zusammenhang erfreut über die Zusage der Führungsnationen der Nordatlantikvertrags-Organisation, weitere regionale Wiederaufbauteams aufzustellen,

sowie erfreut über die Rolle, die die Truppe und die Koalition der Operation „Dauerhafte Freiheit“ dabei spielen, bei der Sicherung der Durchführung nationaler Wahlen behilflich zu sein,

mit dem Ausdruck seines Dankes an Italien für die Übernahme des Kommandos der Truppe von der Türkei und an die Staaten, die zu dem Eurokorps beigetragen haben, sowie in dankbarer Anerkennung der Beiträge vieler Staaten zu der Truppe,

Kenntnis nehmend von dem Schreiben von Herrn Abdullah Abdullah, dem Außenminister Afghanistans, vom 1. September 2005 an den Generalsekretär⁷⁷,

feststellend, dass die Situation in Afghanistan weiterhin eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

entschlossen, die vollinhaltliche Durchführung des Mandats der Truppe in Abstimmung mit der Regierung Afghanistans sicherzustellen,

aus diesen Gründen tätig werdend nach Kapitel VII der Charta,

1. beschließt, die in den Resolutionen 1386 (2001) und 1510 (2003) festgelegte Genehmigung der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe um einen Zeitraum von zwölf Monaten ab dem 13. Oktober 2005 zu verlängern;

2. ermächtigt die an der Truppe teilnehmenden Mitgliedstaaten, alle zur Erfüllung ihres Mandats notwendigen Maßnahmen zu ergreifen;

3. erkennt an

Wähler zu Demokratie und Freiheit in ihrem Land gezeigt, und der Rat begrüßt es, dass der Abschluss des Bestätigungsprozesses den Weg zur fristgerechten Eröffnung des neuen Parlaments und damit zum Abschluss des politischen Prozesses von Bonn geebnet hat.

Der Rat spricht allen Afghanen seine Anerkennung dafür aus, dass sie diesen Schritt vollzogen haben, und fordert sie und insbesondere die gewählten Vertreter und die anderen ehemaligen Kandid